Nr. 54. Sonnabend, 23. Februar.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge. Auflage 33000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 3 Uhr, 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Zeilenzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

XXIII. Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, 1878.

Politisches.

Für den Augenblick muß, allen unbefangenen Urtheilern zufolge, der neue Papst als zur Vermittelungspartei gehörig betrachtet werden. Sicher ist, daß er niemals eine eigentlich feindselige Haltung gegenüber der italienischen Regierung einnahm. Was man über Privatleben, Charakter, politische Haltung und Wissen des jetzt mit dem Ringe Petri bekleideten Großkämmerlings erfährt, klingt so günstig als denkbar. Die Italiener freilich legen an die Gelehrsamkeit ihrer Priester keinen hohen Maßstab. Ein gelehrtes oder frommes Werk über den Rosenkranz oder einen Heiligen genügt, um einem italienischen Priester bei seinen Landsleuten den Geruch der Wissenschaftlichkeit zu verschaffen. In Deutschland, England und Frankreich verlangt man mit Recht von der Geistlichkeit ernste, wissenschaftliche Leistungen. Doch vielleicht ist Leo XIII. ein großer Theologe, und es wird ihm nicht Abbruch thun, daß er einst Verse gedichtet, deren Wohllaut man rühmt. Nun legt der ehemalige Dichter das Purpurgewand des Kardinals ab, um sich in das weiße Papstgewand zu hüllen. Kaum, daß er als Großkämmerling mit dem elfenbeinstielenen Silberhammer auf die Stirn des entseelten Papstes geschlagen, um zu constatiren, daß aus seinem Körper alles Leben geflohen, schmückt er seine eigene Stirn mit der Tiara. Er spendete bezeichnender Weise als neuer Papst den Segen nicht orbi et urbi, nach außen, sondern innerhalb des Petersdomes, um damit anzudeuten, daß er die Annahme seines Vorgängers Pius theilt, wornach der Papst ein Gefangener ist. Trotzdem hält man allgemein die Hoffnung fest, daß unter dem neuen Papste, der gegen die Stimmen der Unversöhnlichen gewählt wurde, der Conflict zwischen den Kirchen- und den Staatsgewalten nicht an Schärfe gewinnen wird.

Unsere Zeit lebt so rasch, daß bereits heute die mit solcher Spannung erwarteten Erklärungen des Fürsten Bismarck ein wenig in den Hintergrund treten. Nur so viel sei hier erwähnt, daß im Gegensatz zu der Reichstagsauffassung die russischen, österreichischen und englischen Blätter aus jenen Bismarck-Reden herauslesen, daß Rußland von Seiten Deutschlands keinen ernsten Widerspruch zu befürchten habe. Dem deutschen Volke klang jener Theil gewiß besonders sympathisch, worin der Kanzler seinen ernstlichen Willen, als „ehrlicher Makler" für das Zustandekommen des Friedensgeschäftes zu wirken, kundgab. Ein Makler dient für Provision, ein ehrlicher Makler sogar für eine geringe Provision: große Progenetika zahlt man meist einem Makler bei solchen Geschäften, bei denen es auf ein Uebervortheilen des einen Theiles ankommt. Unter diesem Gesichtswinkel ist Bismarck der ehrlichste Makler, denn nirgends sehen wir, daß für Deutschland aus seiner Haltung irgend ein geschäftlicher Vortheil herausspringt: im Gegentheil lohnt man uns allseitig mit Undank, und selbst Rußland macht nicht die mindeste Miene, Deutschland die Provision in Gestalt einer Erleichterung der Handelsbeziehungen auszuzahlen.

Abermals klagen die Russen, daß die Türken immer störriger werden. Das neue wundersame russisch-türkische Bündniß scheint allerdings bereits ein Loch bekommen zu haben. Der englische Einfluß in Konstantinopel fängt wieder an, den russischen zu überwiegen. Deshalb entließ der Sultan seinen bisherigen Premierminister Server Pascha, der aus Groll über die schlappstiefelige Haltung Englands die Politik vertrat, daß die Pforte sich Rußland in die Arme werfen müsse. Als Minister wurde wieder Savfet Pascha berufen. Die Russen antworten hierauf durch ein erneutes Verlangen der Besetzung Konstantinopels und die Engländer darauf durch Beschleunigung ihrer Rüstungen, sowie Verstärkung ihrer Mittelmeerflotte. Ebenso mißtrauisch treten die Russen gegen die Oesterreicher auf. Nicht den Rumänen, welche die Festung Widdin belagerten, wollten die Russen sie überlassen, sondern sie selbst besetzen, um gegen einen Einmarsch der Oesterreicher sie selbst in der Hand zu haben. Denn in Kroatien erwartet man jeden Augenblick den Befehl zum Einmarsch in Bosnien, während die Blätter von Siebenbürgen behaupten, daß man in dortigen militärischen Kreisen stündlich den Befehl zur Mobilisirung erwarte. Zur Unterbringung der Soldaten werden an den Eisenbahnstationen und anderwärts unzählige Baracken gebaut. Zu Klausenburg wird Munition angehäuft und dort auch befinden sich 6 Batterien mit Uchatius-Kanonen. 100,000 Mann können in kürzester Zeit in Siebenbürgen kampffähig sein. Der Mobilisirungsbefehl werde die Behörden in jeder Beziehung vorbereitet finden, da diesbezüglich schon vor Monaten alle Vorkehrungen getroffen worden seien. So wachsen wieder bedrohlich die Kriegsaussichten auf allen Seiten. Ach, es war ein stolzes Wort, das einst ein erlauchter Mund sprach, daß das geeinte deutsche Reich den Frieden der Welt verbürge! Wann und von wem wird dieses stolze Wort eingelöst?

Der deutsche Reichstag sollte am Freitag über die neuen Steuern berathen. Nach unserem Telegramm erweiterte sich die Debatte zu einer hochpolitischen. Einen Gesichtspunkt möchten wir jedoch hier schon andeuten, wie übel dem deutschen Erwerbsleben, der Industrie und dem Handel dadurch mitgespielt wird, daß regelmäßig die rein materiellen Fragen durch die Gesichtspunkte der hohen Politik überwuchert oder auf die Seite gedrückt werden. Wie schwer hat es der ganze deutsche Gewerbefleiß zu büßen gehabt, daß die Zoll- und Handelsverträge nicht abgeschlossen wurden, wie es im Interesse der Industrie lag, sondern daß man diese Interessen kaltblütig opferte, um politische Ziele zu erreichen! Die deutsche Industrie war allezeit der Preis, den man an das Ausland zahlte, um dieses für die eine oder andere wechselnde politische Chance zu gewinnen. So geht es jetzt wieder mit dem deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsvertrag, der längst zu beiderseitigem Vortheile ohne die leidige Politik geordnet wäre. So wurde das Reichseisenbahnprojekt lediglich um politischer Zwecke willen auf's Tapet gebracht und die Eisenbahnindustrie, das in Eisenbahnen angelegte Privatkapital auf's Tiefste erschüttert. So fragt sich's jetzt bei der Tabaks-, der Börsen- und der Spielkartensteuer nicht nur in letzter Linie darum, ist diese oder jene Steuer zweckmäßig? nothwendig? Welche Wirkung übt sie auf die Industrie? u. s. w., sondern die Hauptfrage ist die politische. Man bewilligt diese colossalen Mehrsteuern, wenn man dafür ein derbes Stück am Einheitsstaate bauen darf, wenn mehrere Nationalliberale Minister werden und die Rechte der Einzelländer und der Bundesfürsten abermals lebensgefährliche Verkürzungen erfahren. Was kümmert man sich dann um solche Bagatellen wie die deutsche Industrie?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 22. Februar. Der Reichstag berieth die Gesetzentwürfe betreffs der Besteuerung des Tabaks und die Erhebung von Reichsstempelabgaben. Staatsminister Camphausen hebt hervor, daß man bei der Wahl der Mittel zur Deckung des gegenwärtigen Deficits von 28 Millionen nicht zweifelhaft sein konnte. Er sei immer der Ansicht gewesen, daß die Matricularbeiträge über die jetzige Höhe nicht erhöht werden dürften und daß fernere Bedürfnisse durch indirecte Steuern zu decken seien. Die vorliegenden Entwürfe seien kein Nothbehelf, sondern die Brücke zu einer weiteren Steuerreform. Es werde ein allgemeines Reichsstempelgesetz angestrebt. Camphausen führt die Gründe an, weshalb die Reichsregierung von dem Tabaksmonopol abgesehen habe, und hebt hervor, es sei Aufgabe der Reform, die unnatürliche Richtung des Tabaksbaues Deutschlands in die natürliche Lage zurückzuführen. Die Regierungen glauben sich mit der Majorität des Reichstags in Uebereinstimmung, daß die Tabaksteuer zu einer ergiebigeren Einnahme-Quelle des Reiches umgestaltet werden müsse. Am Schlusse einer längeren Debatte, wobei die meisten Redner sich gegen die Vorlagen, jedoch für eine Steuerreform mit einem verantwortlichen Reichsfinanzminister aussprachen, führt der Reichskanzler Fürst Bismarck aus, daß eine Reform der Reichssteuern in der Richtung der Erhöhung der indirekten Steuern und der Zölle nothwendig sei. Er bezeichnet die jetzigen Vorlagen, wobei er sich der besseren Einsicht seiner Collegen fügt, nur als Durchgangspunkte zu dem angestrebten Ziele. Er gestehe offen: er strebe das Tabaks-Monopol an (Beifall), wobei der Fiskus profitire und die Consumenten nicht geschädigt würden. Der Reichskanzler wünscht eine ernste Erwägung der Vorlagen in der Commission. Der Reichstag möge, in welcher Form immer, eine klare Stellung zur Frage nehmen. Die Debatte wird hierauf auf morgen vertagt.

München, 22. Februar. Alle 78 Mitglieder der baierischen ultramontanen Kammerfraktion sandten dem Papst Leo XIII. ein Huldigungstelegramm.

Locales und Sächsisches.

— Kaum ist das Requiem für Pius IX. in den Räumen der katholischen Kirche verhallt, so ertönt und zwar morgen, Sonntag Mittag, vor dem Hochaltar das Tedeum für den neuen Papst Leo XIII.

— Im Nachstehenden geben wir einen Auszug über die noch rückständigen Landtagsverhandlungen. Am Mittwoch erledigte die 2. Kr. das zweite der neuen Steuergesetze, das Gesetz über die direkten Steuern. Art. 1 desselben hebt die Gewerbe- und Personalsteuer auf. Eine Deputationsminderheit, die ländlichen Abgg. Uhlemann, Leutritz und Meyner, beantragte zugleich Aufhebung der Grundsteuer, indem sie sich gleichzeitig bereit erklärte, event. für einen Zuschlag zur Einkommensteuer auf den Grundbesitz stimmen zu wollen. Hierzu entwickelte sich ein längerer Kampf zwischen Stadt und Land. Referent Abg. Kirbach: Es handle sich bei diesem Gesetz weniger um einen Appell an die Steuerwissenschaft, als um einen solchen an den guten Sinn der Kammermitglieder. Wenn die Minorität eine Mehrbelastung der ländlichen Grundbesitzer gegenüber dem übrigen Einkommen berechne, so könnten z. B. die Fleischer durch Anrechnung der Schlachtsteuer für sich noch zu einer weit höheren Mehrbelastung gelangen; die Grundsteuer sei eben eine auf das Object, nicht auf die Person gelegte Steuer, wie die Schlacht- und Salzsteuer. Abg. Uhlemann: Die Quintessenz der Ausführungen Kirbachs sei die, daß die Grundsteuer eine Rente, wenigstens eine verdeckte sei. In der Praxis werde der Besitzer von der Grundsteuer getroffen, denn er müsse sie zahlen. Man habe den Feudalstaat beseitigt, nun komme der Industriestaat und sage: Du, Grundbesitzer, laß Dir eine dingliche Last auflegen. Wenn man heute den Grundbesitz niederstimme, werde der Steuerkampf noch lange nicht beseitigt. Mit einer Steuer auf das fundirte Vermögen sei er einverstanden, wenn man die Grundsteuer beseitige. Abg. Dr. Heine: Das Volk sei in der Steuerfrage noch nicht aufgeklärt und könne es leider auch gar nicht werden. Das Kapital sei gegen die Vermögenssteuer, obwohl mit Unrecht, denn die Vermögenssteuer sei nur im Interesse des Staates. Er habe einen darauf gerichteten Antrag gestellt, obschon er wisse, daß er mit demselben keinen Erfolg haben werde; aber er habe es gethan, weil er wolle, daß der Tropfen den Stein höhle. Die hier lebenden Rentiers, deren Wegzug man durch Einführung einer Vermögenssteuer fürchte, wären dadurch gefährlich, daß sie gar kein Interesse am Staate hätten; sie gehörten wie die Proletarier zum fluctuirenden Theile der Bevölkerung. Abg. Walter protestirt dagegen, als repräsentirten die Herren Landwirthe allein den Grundbesitz. Wolle man zum Frieden gelangen, müsse man von beiden Seiten nachgeben. Abg. Richter-Tharandt: Er lasse nicht mit sich handeln und würde gegen das Grundsteuerprächipuum stimmen, selbst dann, wenn man auf je 100 Einheiten nur 1 Pf. fordere. Vicepräs. Streit: Der Vorredner habe mit dem Schreckbild einer Gebäudesteuer gedroht. Möglich sei allerdings manches; sei doch von gewisser Seite sogar eine Confiscation des Grundbesitzes überhaupt ins Auge gefaßt; aber so lange Verstand und Gerechtigkeit herrschen, sei an eine solche nicht zu denken. Dem kleineren und mittleren, namentlich auch dem verschuldeten Grundbesitz werde durch die Vorlage eine beträchtliche Erleichterung gewährt; der große und schuldenfreie Grundbesitz werde allerdings etwas schärfer herangezogen, das sei jedoch nur recht und billig. Abg. Günther: Man spreche von der Nothwendigkeit des Kompromisses, aber die Mehrheit habe gleich von vornherein erklärt, alle weitergehenden Anträge ablehnen und mit der Regierung stimmen zu wollen. Wenn man gleich von vornherein einen so schroffen Standpunkt einnehme, dann wäre es besser, man käme blos zur Abstimmung zusammen. Der Grundbesitz solle nach der Vorlage mindestens doppelt, in vielen Fällen aber drei- bis viermal so hoch besteuert werden, als die übrigen Einkommen. Wenn man sage, man mache mit dieser Vorlage dem Grundbesitz große Concessionen, so heiße das soviel, als die Grundbesitzer sollen noch die Hand küssen, die sie so schwer gestraft habe. So weit gehe die „Bauernpfiffigkeit" allerdings nicht! (Heiterkeit.) Die Gewalt der parlamentarischen Majorität gehe hier vor Recht. Die Minorität sei jetzt in derselben Lage wie die Türkei, sie müsse sich ihrem übermüthigen Ueberwinder gegenüber, um denselben nicht noch zu reizen und neue Opfer bringen zu müssen, ruhig verhalten. Der Ministerwechsel habe den Grundbesitz aus seinem Steuer-Plewna hinausgetrieben. Durch die neuen Steuergesetze wurde der sächsischen Gesetzgebung kein Blatt des Ruhmes hinzugefügt. Finanzminister v. Könneritz: Unter den bestehenden Verhältnissen sei für die Regierung eine Erledigung der Steuerfrage nur durch einen Ausgleich der verschiedenen sich entgegenstehenden Interessen möglich gewesen. Die Minorität fasse den Begriff Compromiß ganz eigenthümlich auf, sie gebe in ihren Forderungen nicht nur nicht zurück, sondern erhöhe dieselben noch, indem sie Aufhebung der Grundsteuer verlange, ein Verlangen, auf das die Regierung nicht eingehen könne. Die Befürchtung der Minorität, die Regierung wolle die Grundsteuer in eine Rente verwandeln, sei wie der Kampf Don Quixotes gegen Windmühlenflügel. Dagegen spreche ja am Besten die Herabsetzung des Grundsteuerprächipuums von 9 auf 4 Pf. Er sei doch nicht so aus der Art der Finanzminister geschlagen, daß er einen Theil Rente verschenken sollte. Auf eine Vermögenssteuer habe die Regierung nicht kommen können, weil das gar keine objective Steuer sei. Die Minorität sollte die Hand zum Frieden bieten; gegen früher ward der Grundbesitz durch die Vorlage erleichtert. Abg. Kirbach: Die Grundbesitzer würden sich, auch wenn die Majoritätsvorschläge angenommen würden, sicherlich der neuen Steuerregulirung hinter den Coulissen freuen (Beifall. Widerspruch). Schließlich erklärt sich die Kr. mit 48 gegen 25 St. gegen Aufhebung der Grundsteuer. Das Grundsteuerprächipuum wird ferner nach längerer Discussion auf 4 Pf. festgesetzt und ein Zusatz nachstehenden Inhalts mit 40 gegen 27 St. abgelehnt: Im Falle einer Revision der Grundsteuer wird der auf die Steuereinheit zu entrichtende Steuersatz anderweit und zwar dergestalt festgestellt, daß eine Erhöhung des zur Zeit dieser Feststellung bestehenden Gesammtbetrages der Grundsteuer vermieden wird, soweit solche nicht lediglich als Folge angemessener Abrundung des Steuersatzes eintritt. Das ganze Gesetz wird in Namensabstimmung mit 47 gegen 25 St. angenommen. Dagegen stimmen die Abgg. Barth-Radebeul, Barth-Stenn, Berg, Fährmann, Freytag, Grünler, Günther, Hartwig, Dr. Heine, Heymann, Kloppe, Köckert, Kreller, Leutritz, Matthes, Pähler, Dr. Pfeiffer, Richter-Bajeliß, Richter-Tharandt, Riedel, Schmidt, Seydel, Siedoth, Strauch und Uhlemann. Die Anträge der Abgg. Dr. Heine und Oehmichen, Vermögenssteuer betr., wurden mit großer Majorität abgelehnt, ebenso ein Antrag des Abg. Dr. Meischner: die Oschatzer Petition um Neueinschätzung des Grundbesitzes der Regierung zur Erwägung zu empfehlen. — Die 2. Kr. giebt ferner gegenüber dem ablehnenden Beschlusse der 1. Kr. betreffs der Petition der Städte Zittau, Zwickau, Glauchau und Bautzen um Entlassung aus dem Bezirksverbande ihre Ersuchen an die Regierung um Mittheilung einer Zusammenstellung der bisherigen Ergebnisse der Verbindung zwischen Stadt und Land in den Bezirksverbänden aufrecht. (Ref. Abg. v. Boise.) Die Beschwerde des Kaufmanns Martin in Chemnitz, die Versagung des Bürgerrechts wegen verweigerter Ableistung des Unterthaneneids betr., ließ man zwar auf sich beruhen, ersuchte aber die Regierung, zu erwägen, inwieweit Verpflichtungseide durch Versicherungen an Eidesstatt ersetzt werden können. (Ref. Abg. Lehmann.) Die Petition der Kirchschullehrer und Cantoren Lieschke u. Gen. um unverkürzte Gewährung des Einkommens aus dem Kirchendienste an Kirchschullehrer ließ die Kammer auf sich beruhen (Ref. Abg. Speck), dagegen blieb sie bezüglich der Petition des Gemeindevorstandes Zschoche in Mögen u. Gen. um Aufhebung der obligatorischen Fortbildungsschule bei ihrem ablehnenden Beschlusse stehen. (Ref. Abg. Käuffer.) Die 1. Kr. ermächtigte noch die Regierung zur vorschußweisen Herstellung der Zechenbahnen zur Verbindung der Kohlengruben der Oelsnitz-Gersdorf-Lohndorfer Reviere mit der Staatsbahn Gößnitz-Stollberg und überwies die Petition des Gemeinderaths zu Lugau, Erlaubniß zur Errichtung einer Apotheke in Lugau, der Regierung zur Erwägung. (Ref. v. Burgk.)

— Gestern Morgen ist die 14. allgemeine Geflügelausstellung des Dresdner Geflügelzüchter-Vereins eröffnet worden, die bis mit Montag dauert und in dem Ausstellungssaale der „Flora", Ostraallee 32, errichtet ist. Wie in allen Jahren, so war auch diesmal gleich am ersten Vormittage der Besuch ein ziemlich reger. Nachmittags gegen 2½ Uhr ward die Ausstellung durch den Besuch JJ. MM. HH. Prinz und Prinzessin Georg nebst hoher Familie ausgezeichnet. Unter Führung des Vereins-Vorstandes, Fechtmeister Prosche, nahmen die Herrschaften Alles in genauesten Augenschein und drückten wiederholt ihre Anerkennung über besonders schöne Exemplare aus. Es sind ausgestellt zunächst an Tauben folgende Sorten: 24 Paar Feldtauben, 14 Paar Farbentauben, 21 Paar Schwalbentauben, 7 Paar Schildtauben, 3 Paar Gimpeltauben, 36 Paar Trommeltauben, 9 Paar Lockentauben, 35 Paar Tümmler- oder Flugtauben, 4 Paar Almonds, 20 Paar Perückentauben, 33 Paar deutsche Möbchen, 14 Paar egyptische, 31 chinesische, 46 Paar Pfautauben, 19 Paar Hühnertauben (Malteser, Florentiner, Hühnerschecken, 28 Paar deutsche Kropftauben, 34 Paar Brünner und Prager, 10 Paar Französische, 27 Paar Englische, 18 Paar Bagdetten und Türken, 7 Paar Brieftauben, 47 Paar Indianer, 8 Paar Römer, 9 Paar Montauban's und 1 Paar Holztauben. Diese große Schaar von Tauben bietet manches allerliebste und kostbare Exemplar; Alle zusammen haben auch eine Tugend gemeinsam — sie machen nicht so arges Geschrei wie das Volk der Hühner, dessen Angehörige zu Zeiten ihre Stimmen mit solcher Durchdringlichkeit erheben, daß man sein eignes Wort nicht mehr hört. Ziemlich still sitzen die Tauben in ihren Kästen und höchstens durch ein leises Gurren fordert die oder jene die Besucher bescheiden auf, ihr auch ein wenig Beachtung zu schenken; ganz anders aber sind die Hühner; diese wissen sich Aufmerksamkeit zu ertrotzen, indem sie den Besucher so energisch von ihrem Dasein in Kenntniß setzen, daß er oft ganz erschrocken dem oder jenem Exemplar seine Augen zuwendet, dessen Existenz er sonst vielleicht wirklich übersehen hätte; sie krähen nicht nur die Menschen an, sie schreien ihnen förmlich entgegen. Freilich sind auch Kapitalthiere dabei. Im Ganzen sind ausgestellt: 14 Landhühner (hier geben wir die Stück-, nicht die Paarzahl), 32 Hamburger, 36 Paduaner und Brabanter, 6 Holländer, 9 Crève-coeurs, 11 Houdans, 6 und ein ganzer Stamm La Flèches, 7 Malayen, 8 Yokohamas, 2 engl. Kampfhühner, 15 Spanier, 17 Dorkings, 36